

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 26. Juni 1959

Nummer 26

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Juni 1959

### Die internationale Situation

Die Konjunkturbelebung hat in den Vereinigten Staaten und in den europäischen Ländern angehalten. Gingen die Auftriebskräfte bisher vom öffentlichen Bereich, dem Wohnungsbau und dem privaten Verbrauch aus, so mehren sich jetzt auch die Anzeichen für eine erhöhte Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Neben einem vermehrten Warenaustausch der Industriestaaten untereinander zeigen in jüngster Zeit auch die Ausfuhren der Rohstoffgebiete wieder steigende Tendenz. Wenn die besseren Ausfuhrchancen der Rohstoffländer jedoch zu einem beschleunigten Wachstum auch in diesen Gebieten führen sollen, so werden die ihnen von den Industrieländern eingeräumten Kapitalhilfen in mindestens gleichem Umfang weiter gewährt werden müssen.

Die verstärkte Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika hat zu einer erneuten Zunahme der Zahl der Beschäftigten und einem mehr als jahreszeitlich üblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Erstmals seit Beginn der „recession“ ist im Mai dieses Jahres die saisonbereinigte Arbeitslosenquote unter 5 vH gesunken. Die Einzelhandelsumsätze spiegeln eine wachsende Nachfrage der Verbraucher wider, die sowohl kurzlebigen als auch dauerhaften Konsumgütern zugute gekommen ist. In amtlichen Vorausschätzungen wurde jetzt auch die erhöhte Investitionsneigung der Unternehmer bestätigt, die sich bereits vor kurzem in den von privaten Stellen durchgeführten Umfragen abzeichnete. Wenn trotzdem in den kommenden Wochen und Monaten nicht mit einer Beschleunigung, sondern eher mit einer leichten Abschwächung der Wachstumsrate gerechnet werden muß, so aus dem Grunde, daß einige bisher wirksam gewesene Sondereinflüsse — wie die stärkere Bevorratung in der Eisen- und Stahlindustrie und die sprunghafte Absatzsteigerung bei Automobilen — künftig fortfallen werden. Die volle Auslastung des von den Produktionsfaktoren bestimmten Expansionspielraumes wird in den Vereinigten Staaten daher noch auf sich warten lassen.

Mit einer Erschwerung des Wachstumsprozesses ist in den USA von der monetären Seite her zu rechnen. Noch im laufenden, am 30. Juni zu Ende gehenden Finanzjahr ermöglichte die defizitäre Haushaltsgestaltung des Bundes eine beachtliche Geldvermögensbildung bei der Wirtschaft. Bei einem nur langsam zunehmenden Eigenfinanzbedarf legten die Unternehmen ihre Mittel in großem Umfang vorwiegend in kurzfristigen Schuldtiteln der Bundesregierung an. Diese Bereitschaft der Unternehmen, öffentliche Schuldtitel — bei steigenden Zinssätzen — aufzunehmen,

erleichterte es gleichzeitig dem Bankenapparat, Bundesmittel abzustößen und an ihre Stelle private Kredite treten zu lassen, die vor allem der Finanzierung des Wohnungsbaus und der Lagerauffüllung dienten.

Für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr ist ein ausgeglichener Haushalt vorgesehen, so daß der Wirtschaft per Saldo kaum noch Mittel aus dieser Quelle zufließen werden. Da zugleich ihre eigenen Investitionsausgaben steigende Tendenz haben, dürften sie immer weniger bereit sein, öffentliche Titel zu halten. Das bedeutet, daß der Bund bei den notwendig werdenden Konversionsoperationen und der durch die Steuertermine bedingten Zwischenfinanzierung zunehmend auf Schwierigkeiten stoßen wird. Die Liquiditätssituation des Bankenapparates ist seit geraumer Zeit angespannt. Die den Banken durch die Offen-Markt-Operationen bis Mai 1959 innerhalb des letzten Jahres zugeflossenen Beträge (1,8 Mrd. \$) kompensierten noch nicht einmal die durch das Auslandsgeschäft und den gestiegenen Zahlungsmittelumlaufl bedingten Verluste an Zentralbankgeld. Da die Banken mit der Ausweitung des Kreditvolumens ihre beim Zentralbanksystem gehaltenen Mindestreserven erhöhen mußten, waren sie gezwungen, ihre Überschussreserven abzubauen und sich zusätzlich beträchtlich zu verschulden. Eine vermehrte Kreditgewährung ist den Banken künftig daher nur über eine Refinanzierung beim Zentralbanksystem möglich, das dies nur zögernd und zu weiter steigenden Kosten zulassen dürfte. Um auf dem Kapitalmarkt mit den privaten Kreditnehmern konkurrieren zu können, hat die Regierung jetzt die Heraussetzung der Höchstzinssätze für langfristige Bundesanleihen beantragt. Dieser Schritt dürfte ebenfalls geeignet sein, die schon bestehende Zinssteigerung noch zu intensivieren.

Die in Großbritannien zu Beginn des laufenden Finanzjahres ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen scheinen die erstrebte expansive Wirkung zu haben. Die Industrieproduktion stieg — saisonbereinigt — im April dieses Jahres erstmals wieder an (um 1 vH gegenüber dem Vormonat), nachdem sie in den letzten Monaten stagniert hatte. Produktionssteigerungen wiesen insbesondere die Konsumgüterindustrien auf, gebessert hat sich aber auch die Lage der Kapitalgüterindustrien. Die verstärkte Zunahme der Einzelhandelsumsätze hat sich im April dieses Jahres nicht nur — wie in den Vormonaten — auf den Umsatz dauerhafter Verbrauchsgüter konzentriert, sondern auch den Absatz von kurzlebigen Verbrauchsgütern umfaßt. Sie kam damit ebenfalls den Zweigen der Konsumgüterindustrie zugute, die — wie z. B. die Textilindustrie — in den letzten Jahren notleidend waren. Die Investitionsgüterindustrie dürfte vor allem

von den jetzt wieder steigenden Investitionen des Staates (einschließlich der verstaatlichten Industrie) und der weiterhin guten Wohnungsbaukonjunktur profitieren. Wenn auch die private Industrie — wie aus einer Umfrage hervorgeht — bis jetzt keine erneute Steigerung ihrer Anlageinvestitionen plant, so hat sie doch ihre Investitionspläne so weit revidiert, daß sie keine Investitionskürzung mehr beabsichtigt.

Bei nicht voll genutzten Kapazitäten und entspannter Arbeitsmarktlage verfügt Großbritannien gegenwärtig über einen recht großen Expansionspielraum. Die im Verhältnis zu anderen Ländern niedrige Arbeitslosenquote (rund 2 vH der Arbeitskräfte insgesamt) gibt dabei kein richtiges Bild seiner Beschäftigtenreserve. Der Beschäftigungsrückgang im vergangenen Jahr führte nämlich nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der ausgewiesenen Arbeitslosenzahl. Insbesondere Frauen und ältere männliche Arbeitskräfte schieden aus dem Arbeitsprozeß aus, ohne sich als Arbeitsuchende registrieren zu lassen, obwohl sie jederzeit wieder zur Arbeitsaufnahme bereit sein dürften. Ob es schon in diesem Jahr gelingen wird, den Expansionspielraum voll auszufüllen, wird vor allem von der künftigen Entwicklung der privaten Investition abhängen. Es kann zwar damit gerechnet werden, daß der zunächst durch die Aufhebung der Konsumentenbeschränkungen und dann durch steuerpolitische Maßnahmen stimulierte Verbrauch, dem die zu erwartenden Lohnerhöhungen einen weiteren Auftrieb geben werden, die private Investitionstätigkeit anregen wird. Es ist gegenwärtig aber noch sehr ungewiß, mit welcher Verzögerung die Verbrauchsentwicklung auf die privaten Investitionen übergreifen wird.

Die britische Warenausfuhr hat im April und Mai dieses Jahres stärker zugenommen als die britische Wareneinfuhr. Die Einfuhr lag im Mai deshalb nur noch geringfügig über der Ausfuhr. Bei dieser günstigen Außenhandelsentwicklung ist Großbritannien auch außenwirtschaftlich ein größerer Expansionspielraum gegeben.

#### Westdeutschland

Die gegenüber dem Vorjahr grundlegende Wandlung der Auftragsentwicklung im industriellen Bereich, d. h. die zum Teil sprunghafte Zunahme der Inlands- wie auch der Auslandsaufträge in den Monaten März/April ist ein wichtiges, wahrscheinlich sogar das entscheidende Indiz dafür, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte auch in der westdeutschen Wirtschaft im Verlauf des zweiten Quartals verstärkt und verbreitert haben. Letzteres insofern, als neben der besonders vom Wohnungsbau getragenen Baukonjunktur nunmehr auch die industriellen Ausrüstungsinvestitionen konjunkturell erneut an Gewicht gewonnen haben. Die in den erhöhten Inlandsbestellungen für Investitionsgüter zum Ausdruck kommende, merklige Verstärkung der Investitionsneigung der westdeutschen Wirtschaft, für die auch die kräftige Zunahme der Investitionsgütereinfuhr in den letzten Monaten spricht, mag zunächst überraschen, nachdem von einer fühlbaren Anspannung der Kapazitäten und einer daraus resultierenden Neigung zu Kapazitätserweiterungen in der Berichtsperiode wohl kaum die Rede sein kann.

Tatsächlich hat die Investitionsbelebung, wie die Entwicklung bestimmter Bereiche der Investitionsgüterindustrien zeigt, von der sehr ausgeprägten Baukonjunktur ihren Ausgang genommen. Weitere Anregungen gab die in den letzten Monaten kräftig gestiegene Auslandsnachfrage. Diese beiden Faktoren haben der Investitionsneigung in Westdeutschland trotz der zwar gebesserten, aber immer noch unter dem Optimum liegenden Kapazitätsauslastung offensichtlich einen sehr fühlbaren Auftrieb gegeben.

Zwar hat sich die von der verstärkten Nachfrage nach Investitionsgütern ausgehende Absatzsteigerung noch keineswegs in nennenswertem Umfang auf die Investitionsgütererzeugung selbst ausgewirkt, aber die

gesamte Situation, vor allem die weiter anhaltende starke Nachfrageexpansion läßt den Schluß zu, daß sich dies demnächst ändern wird und auch die Investitionsgütererzeugung lebhafter als in den vergangenen Monaten an der Expansion teilnehmen wird.

In der Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung hat sich der konjunkturelle Fortschritt — vor allem nach der Überwindung der Stahlkrise — immer ausgeprägter in einer stetig zunehmenden Erzeugung dokumentiert. Auch in der Verbrauchsgüterindustrie ist die Phase der rückläufigen Erzeugung beendet; die Produktionsziffern liegen hier — mit Ausnahme allerdings der Textilindustrie — seit einigen Monaten wieder über dem entsprechenden Vorjahrsniveau. Sowohl für den Grundstoffbereich als auch — und dies in noch stärkerem Maße — für die Verbrauchsgüterindustrien war die im zweiten Quartal wieder einsetzende Lageranreicherung des Handels der eigentliche und wichtigste Impuls für die Erzeugungszunahme. Sie war die Folge der noch im ersten Quartal zum Teil sehr ausgeprägten Lager-Desinvestitionen bzw. unzureichenden Lagerbildung.

Der private Endverbrauch selbst hat demgegenüber als beschleunigender Faktor für die Verbrauchsgütererzeugung bisher keine Rolle gespielt, denn seine Zunahme hielt sich bei unverändert hoher Sparquote in den Grenzen der ebenfalls nur schwach expansiven Einkommensentwicklung. Das Fehlen aller ausgeprägt expansiven Merkmale in der Einkommensentwicklung, die, was den Zuwachs des Masseneinkommens betrifft, im wesentlichen nur durch die — abgeschwächte — Zunahme der Beschäftigten, nicht aber durch ins Gewicht fallende Erhöhungen der Lohnsätze bestimmt wurde, ist auch ein wesentlicher Grund dafür, daß die Preisdämpfungstendenzen weiterhin die Oberhand behalten haben und weiter das konjunkturelle Klima bestimmen.

Die Konstellation des Käufermarktes ist also trotz der Auftragsbelebung im industriellen Bereich überwiegend erhalten geblieben. Die Kapazitätsauslastung hat sich zwar unter den Bedingungen der seit dem Frühjahr wieder kräftiger wachsenden industriellen Erzeugung verbessert, aber die Kapazitäten der westdeutschen Industrie sind noch keineswegs überbeansprucht worden. Der Spielraum für Erzeugungssteigerungen ohne Beanspruchung von zusätzlichen Kapazitäten und zusätzlichen Arbeitskräften — d. h. die Möglichkeiten einer Erzeugungszunahme, die vorwiegend oder allein durch Produktivitätsfortschritte zu erreichen ist — läßt trotz der spürbarer gewordenen Anspannung des Arbeitsmarktes eine nicht unwesentlich höhere als die bisherige Zunahme der industriellen Erzeugung zu, ohne daß hierfür Preissteigerungen in der Erzeugungsstufe die unausbleibliche Folge sein müssen.

Eine solche Konstellation enthält wesentliche Voraussetzungen für eine Beschleunigung des allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritts bei gleichzeitiger Preisstabilität. Diese Entwicklung ist offenbar im zweiten Quartal eingetreten. Die Jahreswachstumsrate im zweiten Quartal wird über 4 vH (real) betragen und damit den Fortschritt in den vorangegangenen Vierteljahre erstmals merklich übertreffen<sup>1)</sup>.

Die von der monetären Gesamtsituation her gegebenen Bedingungen für eine Verstärkung des Wachstums erscheinen ebenfalls günstig. Da die Nachfragebelebung im industriellen Bereich weit davon entfernt ist, boomartige Züge aufzuweisen oder in näherer Zukunft anzunehmen, besteht auch kein Anlaß, vorbeugend von der Geld- und Kreditseite her dämpfend einzugreifen und dadurch den Übergang zu einer höheren Wachstumsrate zu stören. Die aus den Überschüssen der Leistungsbilanz gespeiste Liquidität von Banken und Wirtschaft wird auch unter den Bedingungen eines verstärkten Wachstums des Bruttosozialprodukts erhalten bleiben, wenn — wie zu erwarten

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW. Nr. 25/1959.

ist —, die Ausfuhr im Rahmen der internationalen Konjunkturbelebungs und auf Grund der wesentlich verbesserten Auftragsentwicklung aus dem Ausland ihre steigende Tendenz beibehält. Eine über das bisherige Ausmaß wesentlich hinausgehende Zunahme der Einfuhr ist dabei so lange unwahrscheinlich, als die internationale Preisentwicklung, insbesondere für Rohstoffe, ihre ruhige Tendenz beibehält und die binnen-

wirtschaftliche Nachfrage in Westdeutschland keine Übersteigerungen aufweist, die selbstverständlich dann zu einer generell erhöhten Einfuhr führen würden. Mit der Erhaltung des Liquiditätsstroms aus außenwirtschaftlichen Überschüssen bleibt ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Zinsentwicklung weiter wirksam, so daß auch von der Zinssseite her vorerst keine hemmenden Einflüsse zu erwarten sind.

## Wirtschaftspolitische Aspekte des neuen Lohnprogramms in Mitteldeutschland

Die Löhne Mitteldeutschlands sind in den letzten Monaten in einem Ausmaß in Bewegung geraten, wie es seit fünf Jahren nicht zu verzeichnen war. Bereits durch die Art ihrer Festsetzung unterscheiden sich diese Lohnänderungen von früheren: anstatt der bisher üblichen, größere Gruppen betreffenden Verordnungen über Lohnsätze werden jetzt nur grundsätzliche Beschlüsse des Ministerrates veröffentlicht; Lohnsätze und Einzelheiten dagegen sind in Rahmenverträgen und internen Anweisungen für die betreffenden Wirtschaftsbereiche enthalten. Vor allem aber handelt es sich bei den Maßnahmen der letzten Monate nicht lediglich um Lohn erhöhungen, sondern um eine grundlegende, seit Jahren theoretisch vorbereitete und an verschiedenen Stellen der Industrie probeweise schon versuchte Umgestaltung der Lohnbemessungsgrundlage. Das Bild wird ergänzt durch Ansätze, neue, der technischen Entwicklung entsprechende Lohnformen auszuarbeiten. Schließlich ist die Reihenfolge, in der die Umgestaltung in den einzelnen Wirtschaftszweigen erfolgt, charakteristisch für das neue Lohnprogramm, wobei Umfang, Zeitpunkt und zeitlicher Ablauf der Maßnahmen wiederum erheblich voneinander abweichen. Der Schlüssel zum Verständnis dieser zunächst schwer überschaubaren Vielfalt der Maßnahmen liegt in der Wirtschaftspolitik, die sich der Lohnpolitik als Instrument zur Erfüllung der kurz- und langfristigen Pläne bedient.

### Bisherige Lohnformen ...

Wirtschaftspolitische Ziele haben selbstverständlich auch früher die mitteldeutsche Lohnpolitik bestimmt, ob es sich um die Reihenfolge bei Lohn erhöhungen — volkswirtschaftlich besonders wichtige Industrien oder Arbeiterkategorien wurden vorgezogen — oder um die auch nach Verlautbarungen der mitteldeutschen Fachliteratur zu weit gehende Anwendung des Stücklohnes<sup>1)</sup> als Anreiz zur Steigerung der individuellen Arbeitsleistung und damit zur Sicherung der Planerfüllung handelte. Bereits früher wurde an dieser Stelle ausgeführt<sup>2)</sup>, daß die Effektivlöhne auch in Mitteldeutschland von Jahr zu Jahr trotz der seit 1954 annähernd gleichgebliebenen Lohnsätze gestiegen sind, so daß diese Einkommenssteigerungen auf ständig zunehmender Übererfüllung der relativ konstant gebliebenen Normen beruhten. Andererseits hatte das Weiterschleppen dieser sogenannten „weichen Normen“ Verschiebungen im Effektivlohngefüge zur Folge, das damit der Kontrolle der Planungsinstanzen entglitt. Diese Tatsache wurde schon auf der 33. Tagung des ZK der SED ebenso kritisiert wie der sich ständig vergrößernde Unterschied zwischen den Einkommen der Leistungs- und der Zeitlöhner. Eine Repräsentativerhebung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik stellte 1957 in einigen Industriezweigen besonders große Unterschiede fest.

<sup>1)</sup> Man spricht z.B. von dem „gefährlichen Schematismus, in dem Arbeitsnormen für Arbeiten ausgearbeitet und angewandt wurden, für die dafür keinerlei Voraussetzungen bestehen. Das geschah alles in der guten Absicht, allerdings in dem falschen Glauben, allein auf diese Art das Leistungsprinzip durchsetzen zu können“, Kaschel, E., in: Der Lohngruppenkatalog, Berlin, 1953, S. 13.

<sup>2)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1958.

Durchschnittliche Monatslöhne der Produktionsarbeiter in ausgewählten Bereichen der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie  
März 1957

Bereich der Hauptverwaltung	Durchschnittl. Monatslöhne in DM-Ost	
	Leistungslöhner	Zeitlöhner
Erzbergbau . . . . .	729	426
Eisenindustrie . . . . .	553	402
NE-Metallindustrie . . . . .	540	354
Anorganische Chemie . . . . .	538	368
Schiffbau . . . . .	622	433

Deshalb wurde schon auf der 33. Tagung des ZK der SED beschlossen, durch eine langfristige Reform der Lohnpolitik die Arbeiterlöhne in den verschiedenen Industriezweigen untereinander wieder in eine „vernünftige und gerechte Beziehung“ zu bringen, ein sinnvolles Verhältnis zwischen Leistungs- und Zeitlohn und eine Verringerung der Spannen zwischen den oberen und unteren Lohnstufen sowie eine Neugestaltung der Normen herbeizuführen. Der Zeitpunkt für den Beginn dieser grundlegenden Reform ist durch ökonomische Notwendigkeiten bestimmt, da der „Engpaß Arbeitskräfte“ sich jetzt als besondere Behinderung des Wirtschaftswachstums erweist<sup>3)</sup>.

... werden durch neue Lohnprogramme ersetzt ...

Das Hauptziel des neuen Lohnprogramms ist daher, die „Wirkung des Lohnes auf die Steigerung der Produktivität“ zu vergrößern und dadurch den „Lohnanteil am Produkt“ zu senken<sup>4)</sup>. Um wieder ein der „volkswirtschaftlichen Bedeutung der Wirtschaftszweige“ entsprechendes Lohngefüge herzustellen, sollen die Differenzen zwischen den Tariflöhnen und den Effektivlöhnen verringert werden. Auch die überhöhten Spannungen zwischen den Lohngruppen innerhalb der Wirtschaftszweige sollen vermindert und die Lohnformen den technischen Besonderheiten des Produktionsprozesses angepaßt werden. Die Lohnerhöhungen im Bergbau, in der chemischen Industrie und der Papierindustrie, der Reifencord- und Kunstlederherstellung sowie der Bau- und Baustoffindustrie unterstreichen die derzeitige wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Industrien. Ferner sollen Einkommenserhöhungen bei den Lehrern und Erziehern, im Gesundheits- und im Veterinärwesen erfolgen. In der staatlichen Verwaltung, der Post, den kulturellen Einrichtungen und in der Lebensmittelindustrie werden die Löhne der unteren Lohngruppen angehoben.

### ... zunächst im Bereich der Chemie

Die chemische Industrie ist der erste Zweig, in dem nicht nur Teilregelungen, sondern ein umfassendes „Lohnprogramm“ durchgeführt wird. Die Wahl gerade dieses Industriezweiges steht in engem Zusammenhang mit dem Chemieprogramm; nach den Verlautbarungen des V. Parteitages der SED tritt die Chemie „in den

<sup>3)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1959.

<sup>4)</sup> Arbeit und Sozialfürsorge, 1959, Nr. 9, S. 259.

Lohngruppenkataloge der Chemie

	Lohngruppen							
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Bisherige Lohngruppensätze</b>								
<b>Grundstoffchemie, Ortsklasse A</b>								
Leistungsgrundlohn								
Dpf-Ost/Stunde	106	115	129	146	162	185	213	245
Lohngruppe 1 = 100	100	108	123	138	153	175	201	231
<b>Effektivlöhne Mai 1957</b>								
Dpf-Ost/Stunde	124	164	191	219	240	266	291	294
Lohngruppe 1 = 100	100	132	154	177	194	215	235	237
<b>Lohngruppen ab 1. 4. 1959</b>								
<b>Betriebsklasse I</b>								
Dpf-Ost/Stunde	150	155	165	180	195	210	235	265
Lohngruppe 1 = 100	100	103	110	120	130	140	157	177
<b>Betriebsklasse II</b>								
Dpf-Ost/Stunde	135	140	150	160	175	190	205	225
Lohngruppe 1 = 100	100	104	111	119	130	141	152	167
Anteil der in den einzelnen Lohngruppen beschäftigten Arbeiter in vH (Stand 1956)	1,3	9,0	21,4	25,8	24,2	11,8	4,8	1,7

Mittelpunkt des weiteren industriellen Aufbaus“, und auch nach dem Volkswirtschaftsplan 1959 „sind der chemischen Industrie und den übrigen an der Durchführung des Chemieprogramms beteiligten Industrie- und Wirtschaftszweigen besonders große Aufgaben gestellt“. Diesen Aufgaben dient auch das Lohnprogramm; es gibt nicht nur ein geschlossenes Bild der neuen mitteldeutschen Lohnpolitik, sondern läßt auch Schlüsse auf die künftige Lohngestaltung in anderen Wirtschaftsbereichen zu.

nach nur um die Erhöhung der Tarifsätze abzüglich der entfallenden Zuschläge, in Fällen von Rückstufungen dagegen weniger oder gar nicht steigen. Darauf deutet auch der Hinweis, daß die Lohn-erhöhungen vor allem den unteren Lohngruppen — die häufiger im Zeitlohn vergütet und vor allem auch weniger von Rückstufungen betroffen werden — zu gute kommen.

Besonderes Gewicht wird auf die Ausarbeitung neuer, den Besonderheiten der chemischen Produktionsverfahren entsprechenden Lohnformen gelegt. Die Industrie Mittelddeutschlands steht in diesem Punkt vor den gleichen Problemen, wie sie sich auch für die Industrien westlicher Länder bei der Einführung neuer technischer Einrichtungen und Produktionsverfahren ergeben. Bis zum 1. Juli 1959 haben die Betriebsleitungen mit 70 vH der Produktionsarbeiter neue Lohnvereinbarungen zu treffen, nach denen ein neuer „Prämienlohn“ bis auf Ausnahmefälle den bisherigen Stücklohn ablöst. Die Höhe des Prämienlohnes ist abhängig vom Grade der Erfüllung gewisser „Kennziffern“ (Produktionsplan, Materialverbrauch, Energieverbrauch, Qualität der Erzeugnisse, Arbeitszeitaufwand, Gleichmäßigkeit des Verfahrensablaufes und Verringerung der Stillstands- und Wartezeiten) und wird bei deren hundertprozentiger Erfüllung errechnet „aus dem neuen Tariflohn und dem absoluten Betrag des 1958 im Durchschnitt erreichten Mehrverdienstes“. Der Übergang zu dieser neuen Lohnform soll durch die Anhebung des Zeitlohnes auf die Sätze des bisherigen Leistungsgrundlohnes (d. h. um 8,34 vH) erleichtert werden, wodurch sich für etwa 42 000 Produktionsarbeiter — vorwiegend der unteren Lohngruppen — der Monatslohn um durchschnittlich 10 DM-Ost erhöhen wird.

Eine weitere Vereinheitlichung wird durch den Fallfall der bisherigen Differenzierung nach Ortsklassen erreicht, an ihre Stelle treten unterschiedliche Sätze für zwei Betriebsklassen. Eine genaue Abgrenzung, z. B. nach der Betriebsgröße, ist allerdings nicht gegeben; die Einstufung der Betriebe in die Betriebsklassen „erfolgt entsprechend der Bedeutung der Betriebe für die Erfüllung des Chemieprogramms und unter Berücksichtigung der bisher angewandten Tarife“. Da Großbetriebe meist außerhalb, kleinere gewöhnlich in größeren Städten liegen, für Großbetriebe jedoch schon früher eine andere, günstigere Ortsklasse galt, könnte diese Regelung für die Belegschaften kleinerer Chemiebetriebe von Nachteil sein.

<sup>5)</sup> Im letzten Jahre machte der Tariflohn 66 vH des Effektivlohnes aus, Mehrleistungs- und andere Zuschläge betragen 34 vH. Vgl. „Der Chemiearbeiter“, Sondernummer März 1959, S. 13.

Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie 1957

Eigentumsformen	Industrielles Personal		Lehr-linge	Heim-arbeiter	Ins-gesamt
	gesamt	Produk-tionsar-beiter			
Volkseigene Betriebe	181 501	135 489	11 135	203	208 387
zentralgeleitet . . .	13 360	9 765	311	164	14 070
örtlichgeleitet . . .	928	772	3	—	941
genossenschaftlich . . .	20 478	15 902	267	1 515	23 533
Privatbetriebe . . . . .	216 267	161 928	11 716	1 882	246 931
Zusammen . . . . .					

Ab 1. April 1959 gilt das Lohnprogramm für die Produktionsarbeiter der sozialistischen Betriebe und in ähnlicher Form ab 1. Mai 1959 für die Arbeiter der privaten Chemiebetriebe, zusammen also für etwa 65 vH der in der Chemie Beschäftigten. Auch die Gehälter der Meister, der technischen und kaufmännischen Angestellten sind neu geregelt und vielfach erhöht worden. Die höheren Tarifsätze bringen teilweise Lohnerhöhungen, enthalten jedoch auch die nach Abschaffung der Lebensmittelrationierung bisher gesondert gezahlten Zuschläge und den Lohnminderungsanspruch für Zeitlöhner bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Voraussetzung für die Entlohnung nach den neuen Tarifsätzen ist die Einstufung der Arbeiter nach den Tätigkeitsmerkmalen des hiermit eingeführten Wirtschaftszweig-Lohngruppen-Kataloges (WLK) bzw. der Angestellten nach dem Gehaltsgruppen-Katalog. Die Einführung des WLK soll „in der Regel“ ohne Herabstufungen erfolgen, soweit solche vorkommen, soll eine Minderung des derzeitigen Effektivverdienstes nicht zulässig sein. Die bisherige Mehrleistungslohnsumme des Betriebes wird von der Tariflohnerhöhung nicht berührt, alle bestehenden Leistungslohnabkommen und Arbeitsnormen sind so zu überarbeiten und zu verändern, daß die Mehrleistungslohnsumme des Jahres 1958 bei Erfüllung des Planes von 1959 nicht überschritten wird<sup>5)</sup>. Die Effektivlöhne werden dem-

Gegenstand	Einheit†)		1958												1959		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>UdSSR</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)2)</sup>	Mill. t	VS	.	.	122	.	.	123	.	.	126	.	.	125	.	.	126
Koks	"	"	.	.	12,4	.	.	12,6	.	.	12,8	.	.	13,1	.	.	13,1
Erdöl	"	"	.	.	26,3	.	.	27,7	.	.	29,4	.	.	29,6	.	.	29,6
Stromerzeugung, gesamt	Mrd. kWh	"	.	.	50,1	.	.	63,9	.	.	31,0	.	.	88,0	.	.	56,8
Eisenerz	Mill. t	"	.	.	21,1	.	.	22,1	.	.	22,9	.	.	22,7	.	.	22,6
Roheisen	"	"	.	.	9,5	.	.	9,8	.	.	9,8	.	.	10,5	.	.	10,5
Rohstahl	"	"	.	.	13,3	.	.	13,7	.	.	13,8	.	.	14,1	.	.	14,5
Walzwerkserzeugnisse	"	"	.	.	10,6	.	.	10,7	.	.	10,6	.	.	11,0	.	.	11,4
Kraftfahrzeuge <sup>3)</sup>	1 000 St.	"	.	.	128	.	.	127	.	.	129	.	.	127	.	.	120
Traktoren <sup>4)</sup>	"	"	.	.	53	.	.	56	.	.	56	.	.	55	.	.	53
Zement	Mill. t	"	.	.	7,6	.	.	8,3	.	.	8,5	.	.	8,9	.	.	9,0
Schwefelsäure	"	"	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,1	.	.	1,3	.	.	1,3
Mineraldünger, ges. (Reingehalt)	"	"	.	.	3,1	.	.	3,1	.	.	3,0	.	.	3,2	.	.	3,1
Baumwollgewebe	Mrd. m	"	.	.	1,4	.	.	1,5	.	.	1,4	.	.	1,5	.	.	1,1
Papier, ges.	Mill. t	"	.	.	0,6	.	.	0,5	.	.	0,6	.	.	0,5	.	.	0,6
<b>Bulgarien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)5)</sup>	1 000 t	VS	.	.	3141	.	.	3094	.	.	3204	.	.	3291	.	.	3686
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	.	.	702	.	.	704	.	.	793	.	.	825	.	.	855
Kupfererz, roh	1 000 t	"	.	.	153	.	.	167	.	.	174	.	.	208	.	.	.
Blei- und Zinkerz, roh	"	"	.	.	529	.	.	567	.	.	562	.	.	583	.	.	.
Rohstahl	"	"	.	.	49,9	.	.	53,2	.	.	51,4	.	.	56,1	.	.	55,2
Stickstoffdüngemittel	"	"	.	.	35,3	.	.	35,4	.	.	36,0	.	.	26,7	.	.	.
<b>Polen</b>																	
Bruttoproduktion d. soz. Ind.	1955 = 100	MD	119,8	118,0	131,3	125,3	129,5	127,3	123,0	121,4	132,5	147,9	148,4	147,7	131,2	128,2	139,9
Steinkohle	1 000 t	S	7933	7641	8364	7767	7998	7369	7928	7679	7941	8540	7999	7783	8508	7949	8229
Koks	"	"	936	849	946	911	932	912	949	933	918	957	932	970	973	886	989
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	2070	1843	2028	1879	1856	1760	1807	1861	1956	2180	2282	2382	2342	2149	2216
Roheisen <sup>7)</sup>	1 000 t	"	314	291	328	320	313	303	302	321	332	326	342	373	375	358	383
Rohstahl	"	"	471	437	475	454	472	452	446	463	466	495	488	514	503	479	539
Walzwerkserzeugnisse	"	"	311	288	311	306	304	301	293	288	309	333	319	339	341	312	345
Zink	"	"	13,1	12,5	13,2	12,6	13,8	13,2	13,7	13,4	13,6	13,8	14,5	15,1	14,3	13,1	14,3
Stickstoffdünger, (Reingehalt)	"	"	17,8	16,3	17,8	18,0	19,5	18,4	18,1	19,3	20,4	18,9	20,7	22,3	22,3	20,4	22,6
Baumwollstoffe	Mill. m	"	46,5	47,4	51,7	49,9	51,5	47,8	44,2	50,7	52,5	53,9	49,9	52,1	51,0	51,8	54,6
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	"	2924	2935	2931	2911	2910	2919	2880	2876	2885	2940	2962	2955	2913	2925	.
Einzelhandelsumsatz <sup>8)</sup>	Mrd. Zloty	"	11,5	12,0	14,4	14,5	14,4	13,5	14,2	14,2	14,9	16,2	15,2	18,7	13,0	13,4	17,6
Einfuhr, gesamt	Mill. Zloty	VS	.	.	1036	.	.	1164	.	.	1184	.	.	1523	.	.	1197
Ausfuhr, gesamt	"	"	.	.	825	.	.	985	.	.	985	.	.	1442	.	.	941
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	544	.	.	677	.	.	620	.	.	899	.	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	435	.	.	479	.	.	541	.	.	866	.	.	.
<b>Tschechoslowakei</b>																	
Bruttoprod. d. gesamten Industrie	1955 = 100	MD	125,1	120,1	133,3	130,0	133,5	136,2	127,2	116,3	143,0	149,1	151,4	147,2	139,0	133,6	145,6
Steinkohle	1 000 t	S	2183	2031	2265	2154	2087	2130	2146	2092	2132	2171	2278	2271	2069	2087	2087
Braunkohle <sup>10)</sup>	"	"	4250	4057	4564	4476	4632	4799	4770	4713	4595	4669	4570	4236	4346	4062	4373
Koks, gesamt	"	"	644	586	647	605	612	590	606	601	592	612	624	651	660	599	661
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	1677	1514	1651	1553	1595	1514	1512	1529	1658	1789	1844	1844	1875	1732	1802
Eisenerz, roh	1 000 t	"	225	219	244	230	224	234	238	227	244	246	247	241	263	246	235
Roheisen	"	"	314	293	323	315	308	314	314	300	311	319	329	334	350	324	352
Rohstahl	"	"	450	428	471	459	456	454	444	452	472	488	472	464	511	462	520
Walzwerkserzeugnisse <sup>11)</sup>	"	"	297	298	330	313	305	309	285	305	327	334	340	316	321	305	324
Personenkraftwagen	Stück	"	3427	3531	3685	3351	3374	3737	4023	1965	4009	4252	4115	3970	4013	3675	4212
Chemische Düngemittel <sup>12)</sup>	1 000 t	"	17,0	16,3	17,7	16,8	17,5	18,5	18,2	18,0	22,4	18,2	22,8	22,0	22,9	22,1	24,8
Baumwollgewebe	Mill. m	"	33,4	32,2	37,4	35,2	36,3	34,8	30,7	27,3	39,5	37,5	36,2	35,4	36,3	35,1	37,1
Beschäftigte in der Industrie <sup>13)</sup>	1 000	D	2001	2000	1996	1885	1992	1998	2030	2028	2034	2069	2076	2060	2076	2079	2080
Einfuhr, gesamt	Mill. Kcs	S	741	736	1066	641	687	970	675	634	827	655	866	1274	643	629	1000
Ausfuhr, gesamt	"	"	664	703	1162	762	816	1261	811	767	1027	908	1056	1344	595	782	1156
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	VS	.	.	1692	.	.	1572	.	.	1521	.	.	2059	.	.	1626
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	1619	.	.	1821	.	.	1806	.	.	2282	.	.	1781
<b>Rumänien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)14)</sup>	1 000 t	S	621	599	642	633	581	590	616	579	623	.	.	.	.	.	.
Erdöl	"	"	957	862	954	927	961	935	968	972	936	.	.	.	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	532	480	533	497	471	470	484	488	514	.	.	.	.	.	.
Eisenerzförderung	1 000 t	"	58,6	54,7	61,7	64,1	60,5	60,9	61,7	60,2	62,8	.	.	.	.	.	.
Rohstahl	"	"	72,2	70,3	79,1	79,1	89,9	90,6	91,2	90,1	61,2	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	VD	.	1126	.	.	1148	.	.	1159	.	.	.	.	.	.	.
<b>Ungarn</b>																	
Bruttoprod. der staatl. Industrie	1949 = 100	MD	292	278	302	277	303	305	298	302	333	343	336	343	299	292	321
Kohle, gesamt <sup>1)15)</sup>	1 000 t	S	2068	1940	2135	1960	2065	1915	2046	1937	2019	2133	2017	2006	2113	2023	2097
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	539	498	543	503	520	498	521	538	559	582	590	596	581	554	578
Bauxit	1 000 t	"	60	53	75	92	91	93	102	112	120	97	84	73	62	55	61
Rohstahl	"	"	143	130	141	136	138	134	132	127	134	135	140	138	140	132	147
Beschäftigte in der Industrie <sup>16)</sup>	1 000	VD	.	1201	.	.	1197	.	.	1222	.	.	1229	.	1220	.	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Dfl.	S	527	556	756	553	626	600	542	590	618	603	603	879	486	598	813
Ausfuhr, gesamt	"	"	388	461	742	450	592	783	524	571	856	680	812	1123	476	597	818
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>17)</sup>	"	"	379	363	469	365	422	417	370	369	440	453	431	617	341	442	540
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>17)</sup>	"	"	233	296	444	283	366	527	341	378	626	482	553	757	304	321	513
<b>Jugoslawien</b>																	
Bruttoproduktion d. ges. Industrie	1957 = 100	MD	97	98	107	107	106	112	101	108	117	124	119	133	102	107	122
Kohle, gesamt <sup>1)18)</sup>	1 000 t	S	1641	1557	1622	1442	1326	1362	1404	1572	1649	1784	1697	1932	1688	1710	1803
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	629	573	654	603	599	560	555	569	582	658	675	699	725	670	695
Rohstahl	1 000 t	"	90,5	89,9	103,0	103,1	91,7	88,4	75,1	85,2	94,9	99,4	91,0	106,8	99,7	95,0	110,9
Kupfer, raff.	"	"	2,7	2,7	2,6	2,9	2,7	2,8	2,9	2,6	2,6	3,3	3,1	2,7	3		

